

Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation [2018/457](#) von Andreas Bammatter: «Euroairport – Eigentümerstrategie: Feigenblattpolitik BL wie weiter?»
2018/457

vom 26. Juni 2018

1. Text der Interpellation

Am 19. April 2018 reichte Andreas Bammatter die Interpellation [2018/457](#): «Euroairport – Eigentümerstrategie: Feigenblattpolitik BL wie weiter?» ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Ende März hat der Regierungsrat die Eigentümerstrategie Euroairport und seine Antwort auf eine Resolution des Einwohnerrats Allschwil vorgestellt. Fazit kurz und bündig: «Im Zweifelsfalle gehen die Interessen des Unternehmens vor» (analog dem Zitat von RR Thomas Weber in der Landratssitzung vom 8.3.2018 beim Geschäft 2017/364 VR Euro-Airport: Partnerschaftliche Mandatsverteilung gefordert).

Ausgangslage

Allschwil

*An seiner Plenarsitzung vom 20. Juni 2017 hat der Allschwiler Einwohnerrat die «**Resolution zum Flugverkehr über Allschwil**» grossmehrheitlich (32:3-Stimmen) verabschiedet. Im Vorstoss wird der Baselbieter Regierungsrat gebeten, sich für eine faire Verteilung der Flugbewegungen einzusetzen. Weiter soll er dafür eintreten, dass die «lärmintensiven und schadstoffreichen 'Rundflüge' über Allschwil durch ökonomisch, ökologisch sowie gesundheitlich und sicherheitstechnisch optimierte Flugverfahren» ersetzt werden. Schliesslich wird in der Resolution eine Nachtflugsperrung über Allschwil zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr morgens verlangt. Der Gemeinderat Allschwil unterstützt die «Resolution zum Flugverkehr über Allschwil».*

Vorstösse Landrat

Motion von Andreas Bammatter: Überprüfung und Anpassung der An- und Abflugrouten – Flughafen Basel-Mulhouse

«Wir bitten die Baselbieter Regierung, zusammen mit den Partnern aus Basel-Stadt beim Bund entsprechende Anträge zu stellen und die An- und Abflugrouten zu optimieren. Von grosser Bedeutung ist, dass die Lärmbelastungen möglichst gering sind und dicht besiedelte Gebiete entlastet werden.» Mit 82:0 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat 2017/365 überwiesen.

Motion von Werner Hotz: VR Euro-Airport: Partnerschaftliche Mandatsverteilung gefordert

«Der Regierungsrat wird eingeladen, beim Bund und Basel-Stadt vorstellig zu werden mit dem Ziel, dass Basel-Stadt und Basel-Landschaft über je drei Sitze im VR Euroairport verfügen.» Mit 33:31 Stimmen wird die Motion 2017/364 überwiesen.

Obwohl die Parlamente aus Allschwil und des Kantons dreimal sich für den Schutz der Bevölkerung ausgesprochen haben, handelt der Regierungsrat rein «firmenorientiert» und als Trittbrettfahrer ohne Verantwortung.

Fragen:

1. Worin ist das Engagement der Regierung für die betroffene Wohnbevölkerung zu erkennen?
2. Welche konkreten Interessen vertreten die heutigen Verwaltungsräte des Kantons Basel-Landschaft, Herr Cron als ehem. Direktor des Bundesamts für Zivilluftfahrt BAZL (seit 1.1.2018) und Herr Thomas Kübler, Leiter Standortförderung Baselland (seit 1.7.2017)?
3. Warum ist die Einsitznahme im Verwaltungsrat des Euroairport – immerhin eines Landesflughafens - in Baselland nicht auch «Chef-Sache», wie dies im Kanton Basel-Stadt der Fall ist?
4. Warum beteiligt sich der Kanton Baselland nicht finanziell am Flughafen und sichert sich somit auch ein Mitspracherecht?
5. Wieso wird die [trinationale Umweltcharta](#) der Anwohnerverbände (u.a. Forum Flughafen - nur mit der Region (Forum), Gemeindeverbund Flugverkehr (GVF)) nicht in die [Eigentümerstrategie](#) einbezogen?

2. Beantwortung der Fragen

1. Worin ist das Engagement der Regierung für die betroffene Wohnbevölkerung zu erkennen?

Die Regierung übt die Aufsicht über die kantonalen Beteiligungen aus. Dabei mandatiert sie die Kantonsvertretungen gemäss geltender [Eigentümerstrategie](#). Diese berücksichtigt die Anliegen und Interessen der diversen Anspruchsgruppen (Anwohner des Flughafens, Bevölkerung des ganzen Kantons, im Kanton ansässige Unternehmungen) im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes und tariert die unterschiedlichen Anliegen aus. Die Regierung ihrerseits engagiert sich für die Einhaltung und Umsetzung der Eigentümerstrategie und damit für die Bevölkerung.

2. Welche konkreten Interessen vertreten die heutigen Verwaltungsräte des Kantons Basel-Landschaft, Herr Cron als ehem. Direktor des Bundesamts für Zivilluftfahrt BAZL (seit 1.1.2018) und Herr Thomas Kübler, Leiter Standortförderung Baselland (seit 1.7.2017)?

Die heutigen Verwaltungsräte des Kantons Basel-Landschaft vertreten die Interessen gemäss [Eigentümerstrategie](#), insbesondere

- Erhalt und Weiterentwicklung des gut funktionierenden Flughafens. Der EAP stellt seine Konkurrenzfähigkeit sicher und baut diese aus. Er agiert sicherheitsbewusst, wirtschaftlich und bedarfsgerecht auf den Wettbewerb
- Die Interessen des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung des Kantons Basel-Landschaft werden berücksichtigt.
- Der Fluglärmbelastung ist insbesondere in den Nachtstunden (22.00-06.00) gebührend Rechnung zu tragen.
- Die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden wird so wenig wie möglich beeinträchtigt. Dabei ist dem Risikoaspekt und der Bevölkerungsdichte Rechnung zu tragen.

3. Warum ist die Einsitznahme im Verwaltungsrat des Euroairport – immerhin eines Landesflughafens - in Baselland nicht auch «Chef-Sache», wie dies im Kanton Basel-Stadt der Fall ist?

- Die Aufsicht der kantonalen Beteiligungen ist auch in BL «Chef-Sache» und wird durch die Regierung unter Berücksichtigung aller relevanten Interessen wahrgenommen
- So verabschiedet der Regierungsrat unter Federführung der zuständigen Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion jeweils die Eigentümerstrategie, wählt die Vertreter des Kantons Basel-Landschaft in den VR des EAP und tauscht sich regelmässig mit diesen aus.

4. *Warum beteiligt sich der Kanton Baselland nicht finanziell am Flughafen und sichert sich somit auch ein Mitspracherecht?*

Der EAP ist eine französisch-schweizerischen Unternehmung des öffentlichen Rechts, die auf dem Staatsvertrag vom 1949 basiert. Eine Beteiligung der Kantone an dieser Unternehmung ist nicht vorgesehen. So weist der Beteiligungsspiegel des Kantons Basel-Stadt für den Flughafen weder einen Buchwert noch einen Beteiligungsanteil aus.

Im Rahmen des Flughafenstaatsvertrags ist eine paritätische Mitsprache der beiden Staaten geregelt. Die Mitspracherechte und Verantwortlichkeiten auf Schweizer Seite ergeben sich dabei aus der «Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend Zusammenarbeit bei der Wahrung der schweizerischen Interessen auf dem binationalen Flughafen Basel-Mülhausen» vom 25. November 1997 ([486.21](#))..

Gemäss dieser Vereinbarung stellen der Bund und der Kanton BL je zwei VR-Mitglieder, der Kanton BS vier. Die stärkere Vertretung des Kantons BS basiert auf einem grösseren finanziellen Engagement des Kantons BS beim seinerzeitigen Bau des Flughafens sowie darauf, dass er zusammen mit dem Bund die Übernahme des auf die Schweiz entfallenden Anteils eines allfälligen Betriebsdefizits des Flughafens garantiert (Art. 14).

Die beiden VR-Mitglieder des Kantons BL sind voll stimmberechtigt, und BL stellt jeweils das VR-Vizepräsidium, welches die im Vergleich zum Kanton BS kleinere Anzahl von VR Sitzen faktisch aufwiegt (vgl. auch [Stellungnahme](#) zur Motion [2017/364](#)).

Der Landrat hat bezüglich vorliegender Fragestellung die Überweisung des Vorstosses [2018/458](#) «Euroairport - Eigentümerstrategie: Verantwortung übernehmen - Mitspracherecht erhöhen» am 14. Juni 2018 mit 53 zu 20 Stimmen bei einer Enthaltungen abgelehnt.

5. *Wieso wird die [trinationale Umweltcharta](#) der Anwohnerverbände (u.a. Forum Flughafen - nur mit der Region (Forum), Gemeindeverbund Flugverkehr (GVF)) nicht in die [Eigentümerstrategie](#) einbezogen?*

Würde die trinationale Umweltcharta aufgenommen, müssten auch sämtliche Positionspapiere anderer Anspruchsgruppen des EAP aufgenommen werden. Um diesen verschiedenen Anspruchsgruppen gerecht zu werden, wurde die Eigentümerstrategie austariert formuliert. Die Eigentümerstrategie hat zum Ziel, die Gesamtinteressen des Kantons Basel-Landschaft in den Verwaltungsrat des EAP einfließen zu lassen. Der EAP soll die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr möglichst umweltverträglich abgewickelt werden und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigen. Der Konflikt zwischen diesen beiden Zielsetzungen wird bestehen bleiben. Die Regierung setzt sich dafür ein, dass dieser Konflikt möglichst gering gehalten werden kann. In diesem Zusammenhang erwartet sie vom EAP, dass er sein Geschäft und die Weiterentwicklung des Flughafens an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit ausrichtet.

Liestal, 26. Juni 2018

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin: Sabine Pegoraro

Der 2. Landschreiber: Nic Kaufmann